

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 15

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

Verantwortlich für die „Rundschau“: Dr. W. Stocker

LITERATUR

Eugen Böhler, *Grundlehren der Nationalökonomie*. 240 Seiten. Brosch. Fr. 10.50, geb. Fr. 12.50. Verlag A. Francke, Bern 1944.

Der bekannte Professor der ETH bemüht sich um eine voraussetzungslose Wissenschaft, die «alle weltanschaulichen Wertungen nach bestem Wissen und Gewissen ausschalten» will, wie er sich im Vorwort äußert. Man kann dem Verfasser auch von unserer Seite das Zeugnis ausstellen, daß er dieser Forderung in hohem Maße gerecht geworden ist. Das Buch schildert wirklich die wirtschaftlichen Zusammenhänge wie sie sind, sehr vorsichtig und abgewogen in den Formulierungen und sauber und klar in der Darstellung. Die Ergebnisse sind nicht sozialistisch, weil das einen sozialistischen Standpunkt voraussetzen würde, das heißt die Absicht, jene Wahrheiten in den Vordergrund zu stellen, die für eine sozialistische Wirtschaft sprechen. Sie sind aber auch nicht bürgerlich, sondern objektive Feststellungen, aus denen man mit wenig Mühe die sozialistischen Konsequenzen ziehen kann. Besonders lobenswert ist, daß Böhler nicht den Ehrgeiz hat, zur tausendsten persönlichen Wirtschaftstheorie eine tausendeine hinzuzufügen, sondern daß er sich bemüht, die gesicherten Erkenntnisse der modernen Nationalökonomie zusammenzufassen. Wer die neueste Entwicklung dieser Wissenschaft nicht verfolgt hat, wird erstaunt sein, wie stark sich diese den sozialistischen Anschauungen genähert hat. Wenn man bereit ist, einige unbedeutende, zeitbedingte Schwächen der marxistischen Theorie über Bord zu werfen, wird man in unseren wichtigsten Forderungen von der Wissenschaft nur bestärkt werden. Schon deshalb ist die Lektüre des Böhlerschen Werkes unseren Genossen sehr zu empfehlen. Es ist allerdings sehr konzentriert geschrieben und setzt schon ein gewisses Verständnis für wirtschaftstheoretische Fragen voraus. est.

Die Zeit der Entscheidung. Geschichten aus dem Krieg im Osten von Ilja Ehrenburg, Boris Lawrenjew, Wadim Koshewnikow, Leonid Soboljew, Alexej Tolstoi, Erich Weinert, Friedrich Wolf, Theodor Plivier. 195 Seiten. Gebunden Fr. 7.80. Steinberg Verlag Zürich.

Zwölf Geschichten aus der Zeit, da das Schicksal Europas in der Waagschale lag: Anno Stalingrad. Acht Autoren — fünf Sowjetrussen und drei freiheitlich gesinnte Deutsche — legen gemeinsam Zeugnis ab von jenem heroischen Kampf für Gerechtigkeit, Menschlichkeit, Frieden und Heimat. Das erzählerische und psychologische Niveau der einzelnen Novellen ist sehr verschieden; Ilja Ehrenburg, der große Hasser, schrieb eine «Rechtfertigung des Hasses», Friedrich Wolf drei Kurzgeschichten, die ganz der Kriegsmentalität verhaftet sind und jetzt schon überlebt wirken. Daneben aber schenkt uns das Buch zwei sehr schöne Erzählungen von Leonid Soboljew und dem alten Alexej Tolstoi, die an die Tradition der subtilen russischen Erzählerkunst anknüpfen; und Erich Weinert, von dem wir lange nichts mehr zu Gesicht bekommen haben, erweist sich in seiner Schilderung der Desertion einer deutschen Kompagnie immer noch als ein Meister des knappen, realistischen, politischen Stils. ah.

Stefan Szende, *Der letzte Jude aus Polen*. 310 Seiten. Geb. Fr. 12.50, kart. Fr. 10.50. Europa-Verlag, Zürich/New York.

Berichte über die grauenhaften Taten der Deutschen sind jetzt an der Tagesordnung, sensationelle Einzelheiten stehen hoch im Kurs. Sie sind für viele zum Nervenkitzel geworden, und ihre Wirkung wird oft, den Lesenden unbeußt, die einer Abstumpfung sein, da Dinge in ihrer Wirklichkeit geschildert und darum schließlich hingenommen werden, deren Existenz wir noch vor wenigen Jahren nicht einmal in Fieberträumen uns hätten vorstellen können. Mit derlei Grand-Guignol-Schilderungen

hat das vorliegende Buch nichts zu tun. Es ist der erste ausführliche Augenzeugenbericht von der Vernichtung der etwa fünf Millionen polnischen und anderen europäischen Juden im deutschen «Generalgouvernement». Adolf Folkman — das ist der richtige Name des «letzten Juden aus Polen» — erlebte die deutsche Herrschaft in Lemberg, er überlebte tausend Pogrome und wohnte im Ghetto bis zu dessen endgültiger Liquidierung. Als einer der ganz Wenigen konnte er sich retten und gelangte schließlich, im Herbst 1943, nach Schweden, wo ihn der Schriftsteller Stefan Szende kennen lernte. Er ließ die Angaben Folkmans auf ihre Glaubwürdigkeit hin untersuchen, und als alle Details sich bestätigten, unternahm er es, Folkmans Bericht in eine einfache, sachliche und menschliche Form zu kleiden. Gerade diese Sachlichkeit aber bringt uns die Hilflosigkeit unserer Erlebniszähigkeit und unserer Phantasie vor dem, was hier geschehen ist, so recht zum Bewußtsein. Die menschliche Sprache hat keine Möglichkeit, diese Wirklichkeit einzufangen, der menschlichen Seele reicht sowohl Kraft wie Wille nicht aus, um auf sie zu reagieren. — Ein kleines Detail aus dem Berichte Folkmans wird einen besseren Begriff von dem geben, was Menschen damals litten, als lange Schilderungen: «Während dieser Frühlingswochen des Jahres 1943 versuchten die Juden, sich Gift zu besorgen. Wer sich im Besitz von tödlichen Giften wußte, schätzte sich glücklich, Zyankali wurde zur teuersten Ware auf dem schwarzen Markt. Für eine genügend große Portion Zyankali gaben Juden alles her, was sie noch besaßen, Geld und Gold, Schmuck und Brillanten. Unser Kollege, der Arzt, benutzte nun seine früheren Bekanntschaften unter polnischen Ärzten und Apothekern, um in den Besitz von Gift zu kommen. Man konnte am Gesicht und an den Bewegungen eines Juden erkennen, ob er glücklicher Besitzer eines schnelltötenden Giftes war. War er das, dann war er ruhig, er hatte keine Angst, er verlor den scheuen Blick, den schleppenden, zitternden und erschreckten Gang.»

ARBEITER- BEWEGUNG

Die *Berner Sozialdemokratie* hielt am 28. Oktober ihren stark besuchten und arbeitsreichen *Parteitag* ab. Politische

Grundfragen in einer neuen Zeit beschäftigten die Delegierten ebenso lebhaft wie Probleme der Agitation und Kleinarbeit, und die Diskussion zu den Hauptreferaten und Sektionsanträgen ließ erkennen, daß Kampfwille, Disziplin und Geschlossenheit heute in der bernischen Partei zu einer vorbildlichen Harmonie vereinigt sind. Die Früchte einer intensiven Werbearbeit blieben nicht aus: Das Parteisekretariat rechnet auf Grund der bisherigen Meldungen mit Neuaufnahmen pro 1945, welche die Zahl 2000 wesentlich übersteigen. — Aus der *Entschliebung*, die im Anschluß an das politische Hauptreferat Reinhard einstimmig gutgeheißen wurde, seien folgende Postulate festgehalten:

«Das kantonale Arbeitsbeschaffungsprogramm soll so gestaltet werden, daß eine Vollbeschäftigung auch in Krisenzeiten möglich wird. Die Unternehmungen sind anzuweisen, aus ihrem Gewinn Reserven auszuschneiden, die das Durchhalten der Arbeiterschaft auch in Krisenzeiten möglich machen. Ohne Zustimmung des Regierungsrates dürfen Fabriken nicht geschlossen und Massenentlassungen nicht vorgenommen werden. Zum Schutz vor ungerechtfertigter Entlassung sind gesetzliche Maßnahmen zu treffen. Kriegs- und Rüstungsindustrie sind auf Friedensproduktion umzustellen.»

«Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die Löhne der Teuerung anzupassen. Einer Deflationspolitik ist entschiedener Widerstand entgegenzusetzen.»

«Ein neuzeitlich gestaltetes kantonales Baugesetz hat dafür zu sorgen, daß die Entwicklung der Städte und Ortschaften planmäßig erfolgen kann; es sind darin Bestimmungen aufzustellen, die die Bedürfnisse des Städtebaues und der gesunden sozialen Wohnungspolitik über diejenigen der Bodenspekulation und des uneingeschränkten Besitzrechtes am Boden stellen.»

«Der Ausbau unserer Wasserkräfte ist nach den Grundsätzen der Gemeinwirtschaft planmäßig und energisch zu entwickeln. Sonderinteressen haben vor den Gesamtinteressen zurückzustehen.»

Die Resolution schließt mit folgenden Sätzen, die für das gesamtschweizerische Arbeitervolk Geltung haben und Beachtung verdienen:

«Um Macht und Einfluß der Arbeiterschaft im bernischen Staatswesen stei-

gern und beibehalten zu können, wendet sich der Parteitag mit Entschlossenheit gegen alle Bestrebungen zur Parteispaltung.

Er macht darauf aufmerksam, daß die Gründung einer konkurrenzierenden Arbeiterpartei nur der Reaktion, keinesfalls aber der Arbeiterschaft und dem sozialen Fortschritt nützt. Er fordert daher die Arbeiterschaft auf, auch weiterhin gegen alle Spaltungsversuche wachsam zu sein, andererseits aber alles zu tun, um die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und allen arbeitenden Schichten des Kantons Bern zu sichern.

Er stellt mit Befriedigung fest, daß alle Spaltungsversuche bis jetzt an der Geschlossenheit der Sozialdemokratischen Partei, deren Organisation eine kraftvolle Entwicklung und mächtige Stärkung verzeichnete, scheiterte.»

*

In den Auseinandersetzungen um die kommende Friedenswirtschaft sind dem werktätigen Volk Aufgaben von gewaltiger Größe gestellt.

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern kämpft für eine Ordnung des demokratischen und freiheitlichen Sozialismus, für Lenkung und Planung der wirtschaftlichen Kräfte des Landes mit dem Ziel einer vollen Beschäftigung. Sie ruft deshalb alle Werktätigen auf, mit ihr den Kampf um die Neue Schweiz zu führen!

*

Vormarsch des Sozialismus in Europa

In Frankreich sind am 21. Oktober die mit größter Spannung erwarteten Wahlen zur Konstituante durchgeführt worden. Sie bestätigten nachdrücklich das Ergebnis, das schon bei den Generalratswahlen sich abgezeichnet hatte: Die bürgerliche Dritte Republik ist tot, es erhebt eine neue, Vierte Republik im Zeichen des Sozialismus. Die entscheidenden Zahlen, unter Vorbehalt unwesentlicher nachträglicher Korrekturen, lauten:

	Mill. Stimmen (rund)
Kommunisten	5
Sozialisten	4,8
Republikanische Volksbewegung (katholische Linke)	4,6
Radikale	1,1

Diese Wählerzahlen ergeben folgende Machtverteilung in der konstituierenden Nationalversammlung:

Kommunisten	152 Mandate
Sozialisten	142 »
Republikanische Linke .	141 »
Radikale	25 »
Gemäßigte	67 »
Verschiedene	18 »

Total 545 Mandate

Das bedeutet eine überaus starke Linksmehrheit, die, gestützt auf die Abstimmung, in den *Sachfragen* — Einsetzung der Konstituante und Festlegung der Richtlinien für deren Arbeit — nun den verfassungsmäßigen Neubau Frankreichs gestalten wird. So kommt dem Wahltag des 21. Oktobers in Frankreich, wie dem 5. Juli des Laboursieges in England, historische Bedeutung zu. Nichts zeigt deutlicher als diese friedlichen und disziplinierten Kämpfe des wählenden Volkes, daß, wenn auch in anderen Formen als 1917/18, Entscheidungsschlachten zwischen Kapital und Arbeit im Gange sind.

Der *Partito socialista Italiano di Unità Proletaria* (PSIUP) führte vom 17.—22. Oktober in Rom eine Arbeitstagung des Großen Parteivorstandes durch. Ausländische Delegationen waren dazu eingeladen, und so war es, nach langen Jahren, auch einem Vertreter der SPS wieder möglich, mit der italienischen Bruderpartei den persönlichen Kontakt aufzunehmen. Nur unter Überwindung mannigfacher Schwierigkeiten allerdings. Noch steht unser südliches Nachbarland unter strengem alliierter Besatzungsregime, die Probleme der Normalisierung des wirtschaftlichen Lebens und des Wiederaufbaus zerstörter Städte und lahmgelegter Industrien sind noch riesengroß, und nur mit Hilfe glücklichen Zufalls gelingt es, in nützlicher Frist von Mailand bis Rom zu gelangen. Der italienische Parteivorstand hat denn auch diesen Problemen und ihrer künftigen Überwindung eine sechstägige, ernsthafte und angestrenzte Arbeit gewidmet, und wir glauben feststellen zu dürfen: So groß und schwer die gestellten Aufgaben sind, noch größer und schließlich siegreich wird der unbeugsame, ja fanatische Arbeits- und Aufbauwille sein, den der italienische Sozialismus, nach Jahrzehnten der Knechtschaft und der Illegalität machtvoll zu neuem Leben auferstanden, heute verkörpert. Der Parteivorstand behandelte auf Grund eingehender, von den beauftragten Vertrauensleuten und Fachkommissionen schriftlich eingereichter Berichte, Fragen wie: Reform der Schule

und des Bildungswesens (nach 25 Jahren glorreicher faschistischer Herrschaft schätzt man die Zahl der Analphabeten unter der Bevölkerung Italiens von acht Jahren an aufwärts immer noch auf rund 20 Prozent!); Reorganisation des Steuerwesens; Industrie- und Agrarreform. Ein Großteil der Arbeit wurde natürlich den brennenden Verfassungsfragen der nächsten Zukunft gewidmet: Wahl der Konstituante und Aufgaben derselben; Zusammengehen mit den andern großen Linksparteien. Einmütig war der italienische Parteivorstand, trotz mancher gegensätzlicher Auffassungen in Einzelfragen, darin, daß eine *Fusion* mit der KP Italiens heute nicht in Frage kommen kann. Die italienische Sozialdemokratie, die heute über 700 000 eingeschriebene Mitglieder zählt und in weiterem, starkem Aufstieg begriffen ist, will und muß eine selbständige Politik des demokratischen und föderativen Sozialismus verfolgen. Einig und geschlossen war die Konferenz aber auch im Willen, das mit Faschismus und Hochfinanz verfilzte Königshaus zu bekämpfen und durch die Konstituante die *Italienische Republik* zu begründen. Für dieses Ziel und für den Aufbau einer *sozialistischen Republik* wird die enge Zusammenarbeit mit der gesamten Linken angestrebt. Wobei allerdings zunächst die Haltung der «katholischen Sozialisten», der Democristiani, die einen wesentlichen Machtfaktor darstellen, noch fragwürdig bleibt. Hat doch bereits der Vatikan — nach langem Zuzwarten und Stillschweigen — seine unveränderte Sympathie zum Königshaus wieder öffentlich bekundet... Die italienische Sozialdemokratie, dessen dürfen wir sicher sein, wird den Kampf um die Republik der Arbeit mit aller Entschlossenheit und Energie zu führen wissen.

*

In der *Tschechoslowakischen Republik* hat Präsident Benesch soeben ein Dekret über die Verstaatlichung der Bergwerke und weiterer Monopolindustriebetriebe unterzeichnet. Es handelt sich dabei, wie wir einem Bericht aus der CSR entnehmen, keineswegs um jene «Sozialisierung der Verluste», wie wir sie aus andern «berühmten» Beispielen kennen. In der Tschechoslowakei ist eine wirkliche, wirtschaftlich radikale und sozial gerechte Sozialisierung im Gange: Der Staat oder die von ihm eingesetzten und kontrollierten Korporationen übernehmen nicht nur

die Verwaltung und den Betrieb, sondern auch den *Besitz* der Großindustrie. Bisherige Eigentümer, die unter den Begriff der Kollaborationisten oder anderer Staatsfeinde fallen, werden ohne Entschädigung enteignet. Bei den übrigen Besitzern wird die Expropriation ebenfalls endgültig durchgeführt, und zwar ohne Berücksichtigung der Kriegs- und Übergewinne, zum Mittelwert von 1938. Maßnahmen also, auf deren technische Durchführung und Auswirkungen man gespannt sein darf. Wir hoffen, bald Näheres darüber berichten zu können.

SCHWEIZERCHRONIK

17. Sept.: In Zürich drohen die Bäckermeister gemeinsam mit ihren Arbeitern in einen Streik zu treten, da die Migros durch einen zu frühzeitigen Brotpreisabschlag die Innehaltung des Gesamtarbeitsvertrages gefährdet.
18. Sept.: Wiederaufnahme des Briefpostverkehrs mit Dänemark, Finnland, Polen, Schweden, Sowjetrußland und der Tschechoslowakei.
19. Sept.: Die Swissair nimmt den regelmäßigen Verkehr Zürich—Amsterdam wieder auf. — Von 2867 ausgewiesenen Nazi und Faschisten haben bis dahin nur 726 die Eidgenossenschaft verlassen.
20. Sept.: Protestversammlungen der Aargauer Bauarbeiter gegen die Verzögerung in der Behandlung der Arbeiterforderungen durch den Baumeisterverband.
21. Sept.: Infolge einer leichten Verbesserung der Lebensmittelzufuhr können die Fett- und Brotrationen erhöht werden. — Sozialdemokratische Interpellationen im Nationalrat für beschleunigte Säuberung, Schutz vor Lohndruck durch Fremdarbeiter, Einstellung militärischer Bauten zugunsten des Wohnungsbaus u. a. m.
22. Sept.: Der Bundesrat beantragt die Teilrevision des Bundesgesetzes über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte. — Herbsttreffen der SAJ-Ostschweiz in Stein am Rhein.
24. Sept.: Heftige Kritik im Zürcher Kantonsrat am Obergericht, das in seiner Mehrheit die fröntlerischen Anwälte als einwandfreie Ehrenmänner hinzustellen versucht.
25. Sept.: In einer heftig geführten Militärdebatte im Nationalrat wird vor allem die Säuberung der Armee von

- nationalsozialistischen und faschistischen Elementen gefordert.
26. Sept.: In der Genugtuungsklage des «Vaterländischen Verbandes» gegen die «Nation» stellt die Erste Zivilkammer des Obergerichts Bern fest: «Das Verhalten dieses sich vaterländisch nennenden Verbandes deckt sich nicht mit der Auffassung des Schweizervolkes von Humanität und Flüchtlingshilfe.»
27. Sept.: Kongreß des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes in Luzern. — Streik in der Fabrik «Motomécanique» in Neuenburg.
29. Sept.: Großkundgebung des PTT-Personals in Zürich. — Nach einer Reuter-Meldung sollen die deutschen Vermögenswerte in der Schweiz 1000 Millionen Fr. betragen.
1. Okt.: Oberst Masson, der Leiter der schweizerischen Gegenspionage, macht in einem Interview für die englische Presse aufsehenerregende Eröffnungen über einen deutschen Invasionsplan gegen die Schweiz aus dem Jahre 1943. — Veröffentlichung des russisch-schweizerischen Protokolls. Die Schweiz gibt darin die gegenüber Sowjetbürgern vorgekommenen Fehler zu, wie Urlaubskürzungen, Beschränkung des Lesestoffes, Verwahrung in Gefängnissen, unzweckmäßige Verwendung von Hunden im Polizeidienst und von Schußwaffen im Wachdienst usw. Das Protokoll schließt mit einem Passus über die «im Geiste des Einvernehmens und des gegenseitigen Verständnisses» durchgeführten Untersuchungen der russischen und schweizerischen Delegationen. — Erfolgreiche Beendigung des Streiks in der «Motomécanique». — König Leopold von Belgien trifft zu einem längeren Aufenthalt in der Schweiz ein. — Auf der Generalversammlung des Vereins der Schweizer Presse wird vom Bundesrat rascheste Rückkehr zu den verfassungsmäßigen Freiheitsrechten verlangt, sowie raschere und bessere Information durch den Bundesrat.
2. Okt.: Die Sowjetunion nimmt die Repatriierung der Schweizer Bürger wieder auf.
3. Okt.: Aufhebung des Sonntagfahrverbots für Motorfahrzeuge.
4. Okt.: Im Prozeß um den Tod des Frutiger Verdingknaben erhalten die Pflegeeltern, die Eheleute Wäfler, Zuchthaus- und Gefängnisstrafen, während die Gemeinde von Kandersteg mit einer Rüge des Regierungsrats und die Armenbehörde mit der Drohung eines Entzugs der Staatsbeiträge davonkommen.
5. Okt.: Genehmigung eines Gesamtarbeitsvertrags im Gärtnergewerbe für die deutsche und italienische Schweiz.
6. Okt.: Forderungen verschiedener Berufsgruppen in Genf auf vollen Teuerungsausgleich und höhere Löhne.
8. Okt.: Die «Nationalen Hefte» des Fröntlers Dr. H. Oehler stellen «bis auf weiteres» ihr Erscheinen ein.
9. Okt.: Bundesratsbeschluß über die Übergangsordnung zur Alters- und Hinterbliebenenversicherung, welche am 1. Januar 1946 in Kraft tritt und bis Ende 1947 befristet ist. Die Aufwendungen des Bundes betragen 100 Millionen Fr., wovon 60 Millionen der Lohn- und Verdienstauegleichskasse entnommen werden.
10. Okt.: Bis jetzt kamen rund 70 000 kriegsgeschädigte Kinder zu Erholungswochen in die Schweiz. Die Aargauer Tabakarbeiter fordern Herbstzulagen und höhere Löhne. — Die Neuenburger Bauarbeiter demonstrieren für Erhöhung der Grundlöhne und bezahlte Ferien.
12. Okt.: Der heimgekehrte SS-Oberführer Corrodi wird vom Territorialgericht 2 A zu zweieinhalb Jahren Gefängnis, Entsetzung vom Grade eines Majors, Ausschluß aus der Armee, Einstellung der bürgerlichen Ehrenfähigkeit für die Dauer von fünf Jahren und den Kosten verurteilt. — Erhöhung der Subventionen für Wohnbauten als Maßnahme der Arbeitsbeschaffung und zur Lösung der dringenden Wohnungsnot.
13. Okt.: Lockerung der Mahl- und Backvorschriften, Aufhebung der Textilrationierung sowie der Rationierung von Kaffee, Tee und Kakao.
14. Okt.: In Zürich wird die Polizei-Initiative auf Herabsetzung des Bestandes des Polizeikorps mit 82 000 gegen 54 000 Stimmen verworfen.
15. Okt.: Der frühere Feldweibel Laurenz Oehler wird von einem Divisionsgericht wegen Landesverrats zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.